

Ron Paul: Den Korporatismus wieder groß machen

14.09.2025

Präsident Trump hat kürzlich eine Politik befürwortet, die wohl genauso sozialistisch ist wie die Vorschläge des New Yorker Bürgermeisterkandidaten Zohran Mamdani oder von Senator Bernie Sanders – die teilweise Übernahme privater Unternehmen durch den Staat.

Anfang dieses Jahres forderte Präsident Trump als Bedingung für die Genehmigung des Kaufs von US Steel durch Nippon Steel, dass Nippon der US-Regierung eine "Golden Share" an US Steel überträgt. Diese Golden Share ermöglicht es der US-Regierung, sich über das Management von Nippon hinwegzusetzen, wenn sie zu dem Schluss kommt, dass Nippon gegen die "nationale Sicherheit" der USA verstößt, was bedeutet, dass die Regierung viele Entscheidungen des Managements von Nippon außer Kraft setzen kann.

Leider war Nippon kein Einzelfall in Sachen Korporatismus. Präsident Trump hat kürzlich einen Deal mit dem Computerchip-Hersteller Intel abgeschlossen, wonach das Unternehmen 8,9 Milliarden Dollar an staatlichen Subventionen erhält und im Gegenzug 10% der Intel-Aktien erhält. Durch diesen Deal wird die US-Regierung zum größten Aktionär von Intel!

Die Trump-Regierung hat versprochen, dass sie ihre Position nicht dazu nutzen wird, den Vorstand von Intel zu untergraben. Die Regierung behält sich jedoch das Recht vor, gegen den Vorstand von Intel vorzugehen, wenn sie zu dem Schluss kommt, dass dieser Maßnahmen ergreift, die sich negativ auf die Beziehungen des Unternehmens oder seiner Tochtergesellschaften zur US-Regierung auswirken würden. Damit gibt sich die Trump-Regierung erneut die Befugnis, ein nominell privates Unternehmen zu kontrollieren.

Wenn die Regierung die Kontrolle über ein privates Unternehmen erhält (auch wenn sie diese Macht nicht tatsächlich ausübt), bedeutet dies, dass die Unternehmensleitung ihre Entscheidungen eher danach ausrichtet, was den derzeitigen Machthabern gefällt, als nach den Wünschen der Verbraucher.

Staatliche Investitionen in Unternehmen führen dazu, dass Politiker Entscheidungen treffen, die den Unternehmen zugutekommen, in die die Regierung "investiert" hat, während die Konkurrenten dieser Unternehmen versuchen, staatliche Investitionen anzuziehen, um sich selbst Sonderprivilegien zu verschaffen.

Ein Unternehmen, das sich teilweise im Besitz der Regierung befindet, wird als "zu groß, um zu scheitern" angesehen, da sein Scheitern dazu führen würde, dass die Regierung das in das Unternehmen "investierte" Geld verlieren würde. Das Argument lautet also, dass eine Rettungsaktion den Steuerzahldern Geld sparen würde.

Laut einer Analyse der Weltbank aus dem Jahr 2024 – einer Organisation, die nicht als Befürworterin der freien Marktwirtschaft bekannt ist – sind Unternehmen, an denen die Regierung zu zehn Prozent oder mehr beteiligt ist, sechs Prozent weniger profitabel und haben eine um 32 Prozent weniger produktive Belegschaft.

Einige Mitglieder der Trump-Regierung haben vorgeschlagen, dass die Bundesregierung eine Teilbeteiligung an Rüstungsunternehmen wie Lockheed Martin und Boeing erwerben sollte. Handelsminister Howard Lutnick hat darauf hingewiesen, dass beispielsweise der große Rüstungskonzern Lockheed Martin "im Grunde genommen ein Arm der US-Regierung" sei, da fast alle seine Einnahmen von der US-Regierung stammen.

Minister Lutnick hat zwar recht, aber die enge Verbindung zwischen dem Pentagon und großen Unternehmen ist ein Argument für die Wiederherstellung einer nicht-interventionistischen Außenpolitik. Wenn die Regierung Anteile an Rüstungsunternehmen erwerben würde, könnte die Kriegspartei argumentieren, dass Militarismus gut für den Steuerzahler ist, weil er den Wert der "Investitionen" der Regierung steigert!

Staatliche "Investitionen" in private Unternehmen würden die beiden Plagen des Korporatismus und des Cronyismus, unter denen unser politisches und wirtschaftliches System leidet, nur noch verschlimmern. Anstatt Regierung und Wirtschaft noch enger miteinander zu verflechten, sollten diejenigen, die Amerika wieder groß machen wollen, daran arbeiten, den Wohlfahrts-, Kriegs- und Regulierungsstaat und das Fiatgeldsystem, das dies ermöglicht, zu beenden. Der einzige Weg zu Wohlstand führt über einen wirklich

freien Markt, eine begrenzte Regierung und eine Außenpolitik des Friedens und des freien Handels.

© Ron Paul

Der Artikel wurde am 10. September 2025 auf www.gold-eagle.com veröffentlicht und exklusiv für GoldSeiten übersetzt.

Dieser Artikel stammt von GoldSeiten.de

Die URL für diesen Artikel lautet:

<https://www.goldseiten.de/artikel/670952--Ron-Paul--Den-Korporatismus-wieder-gross-machen.html>

Für den Inhalt des Beitrages ist allein der Autor verantwortlich bzw. die aufgeführte Quelle, Bild- oder Filmrechte liegen beim Autor/Quelle bzw. bei der vom ihm benannten Quelle. Bei Übersetzungen können Fehler nicht ausgeschlossen werden. Der vertretene Standpunkt eines Autors spiegelt generell nicht die Meinung des Webseiten-Betreibers wieder. Mittels der Veröffentlichung will dieser lediglich ein pluralistisches Meinungsbild darstellen. Direkte oder indirekte Aussagen in einem Beitrag stellen keinerlei Aufforderung zum Kauf-/Verkauf von Wertpapieren dar. Wir wehren uns gegen jede Form von Hass, Diskriminierung und Verletzung der Menschenwürde. Beachten Sie bitte auch unsere [AGB/Disclaimer!](#)

Die Reproduktion, Modifikation oder Verwendung der Inhalte ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung ist untersagt!
Alle Angaben ohne Gewähr! Copyright © by GoldSeiten.de 1999-2025. Es gelten unsere [AGB](#) und [Datenschutzzrichtlinien](#).